



## Niederschrift

### 34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 22.11.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU/ANW

#### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Frau Olga Schummel	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme bis 18:50 Uhr
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	Teilnahme bis 18:50 Uhr
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Herr Arndt Sändig	Die Andere	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme ab 17:40 Uhr für Frau Michalske-Acioglu
Frau Jutta Busch	SPD	Teilnahme ab 17:40 Uhr für Frau Bankwitz

#### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	
Herr Florian Engels	SPD	Teilnahme bis 18:50 Uhr
Frau Beate Kruczek	FDP	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	
Herr Daniel Zeller	Bündnis90/Die Grünen	

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

## **Gast**

Herr Dietmar Weiberlenn	FB Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend u. Familie
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Ralph Richter	Grundschule am Griebnitzsee
Frau Claudia Krause	MAZ
Frau Jona Haase	PNN
Frau Norma Rettich	SPD

## **Nicht anwesend sind:**

## **Ausschussmitglieder**

Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	entschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	nicht anwesend

## **sachkundige Einwohner**

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	entschuldigt

## **Schriftführer/in:**

Frau Wildgrube, Gudrun, Fachbereich Schule und Sport

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.10.2011 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Gesamtschule am Standort Schilfhof  
Vorlage: 11/SVV/0338  
Fraktion DIE LINKE
  
- 3.2 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen

Vorlage: 11/SVV/0667  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
neue Fassung vom 07.11.2011  
auch Werksausschuss KIS

- 3.3 Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen  
Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0734  
FB Kinder, Jugend und Familie
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information zur Nutzung der neuen Turnhalle der Marienschule
- 4.2 Zwischenbericht zum Lehrerersatzpool
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.10.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Schröder** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu TOP 3.2 und 4.1 ist Herr Richter anwesend. Da er noch einen weiteren Beratungstermin wahrzunehmen hat, wird darum gebeten, die Tagesordnungspunkte vor TOP 3 zu behandeln.

Zu TOP 4.1 ist Herr Ralph Richter als Elternvertreter der Grundschule am Griebnitzsee anwesend.

**Herr Menzel** möchte unter TOP 5 die Studie der Bertelsmann-Stiftung thematisieren. Er informiert darüber, dass er zur kleinen Anfrage 11/SVV/0269 „Hygiene-, Reinigungs- und Lüftungspläne an Potsdamer Schulen“ eine gute Stellungnahme der Verwaltung erhalten habe. Diese bittet er mit der Niederschrift auszureichen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, so zu verfahren.

Gegen die Niederschrift der Sitzung am 25.10.2011 gibt es keine Gegenstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 25.10.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:** keine Gegenstimmen

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Gesamtschule am Standort Schilfhof**

**Vorlage: 11/SVV/0338**

Fraktion DIE LINKE

**Herr Wollenberg** erklärt, dass er, wie bereits in der AG Schulentwicklung angekündigt, den Antrag zurückstellt.

Der Antrag wird bis zur abschließenden Beratung der Schulentwicklungsplanung zurückgestellt.

**zu 3.2 Neue Schule im Potsdamer Norden als PLUS Energie Schule bauen**

**Vorlage: 11/SVV/0667**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

neue Fassung vom 07.11.2011

auch Werksausschuss KIS

**Herr Richter** informiert, dass es eine neue Fassung des Antrages vom 07.11.2011 gebe, welche der KIS begrüßen könne. Anliegen sei, unter nachhaltigem Ansatz zu einem wirtschaftlichen Planungsansatz zu kommen. Das könne man zusichern. Der Antrag beinhalte hohe Flexibilität des pädagogischen Konzeptes. Er gehe davon aus, dass dies im Nutzerbedarfsprogramm, welches vom Fachbereich Bildung und Sport zugearbeitet werde, berücksichtigt werde.

**Herr Menzel** verweist auf den Schulbesuch in Hohen Neuendorf und ist guter Hoffnung, dass man das in Potsdam auch könne. Im Schulgebäude sei eventuell ein Raum für Theateraufführungen oder anderes möglich.

**Herr Richter** erklärt, dass in der Beschlussvorlage zum Bau des Schulstandortes vom Raumkonzept des MBS ausgegangen wurde. Man werde bezüglich der Räume keine Traumvorstellungen realisieren können.

**Frau Dr. Magdowski** meint, es sei ein wachsender Stadtteil. Wenn es Angebote geben sollte, die kostenneutral seien, sollte man sehen, was man tun könne. In nächster Zeit werde es keine Möglichkeit geben eine Schule neu zu bauen.

**Herr Zeller**, der im Stadtteilnetzwerk Potsdam West tätig ist, verweist auf die gute Zusammenarbeit mit der Gesamtschule in der Haeckelstraße. Diese Schule werde dann umziehen und bringe eventuell gute Erfahrungen hinsichtlich Stadtteilarbeit mit.

**Herr Schröder** fragt, ob es wie bei der Grundschule auch für die weiterführende Schule ein Gestaltungsgremium geben werde.

**Herr Richter** informiert, dass zu Beginn des nächsten Jahres eine Architektenauswahl durchgeführt werde. Man werde sich dann an den Bildungsausschuss wenden und könne dann über die Vergabe reden. In diesem Fall sei man in der günstigen Situation, schon eine Schule zu haben, die in den

Neubau einzieht.

**Herr Schröder** lässt die neue Fassung des Antrages abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die neue Gesamtschule in Potsdams Norden **mehrere Konzepte vorzulegen, um ein Gebäude mit möglichst geringen Bewirtschaftungskosten und optimalen Lebenszykluskosten bauen zu können.** ~~als Plus-Energie-Schule bauen zu lassen.~~ Bereits in der Planung soll an den Einsatz neuer pädagogischer Unterrichtskonzepte gedacht werden. Weiterhin soll das Gebäude eine hohe Flexibilität in Hinblick auf zu erwartende Änderungen im Nutzungsprofil bieten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag/Neue Fassung wird einstimmig beschlossen.

**zu 3.3 Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen**

**Vorlage: 11/SVV/0734**

FB Kinder, Jugend und Familie

**Frau Ukrow** erläutert die Mitteilungsvorlage. Die Fachtagung habe großes Interesse am Thema gezeigt. In einer Fach-Arbeitsgruppe wolle man einen Entwurf von Leitlinien erarbeiten. Man wolle im nächsten Jahr an dem Thema arbeiten. Geschlechtsspezifische Arbeit sei ein Querschnittsthema, das ausstrahlen solle. Dieser Prozess müsse sich entwickeln und brauche noch etwas Geduld.

**Herr Menzel** möchte wissen, was man tun könne und welche Ideen es gebe.

**Frau Ukrow** erklärt, dass sich die Denkweise für alle ändern müsse und führt ein Beispiel aus der Ausbildung als Kita-Erzieher an. Hier seien Barrieren im Denken der Eltern zum Thema Kinderschutz zu überwinden. Es gebe Strategien sich nicht dem Thema Mädchen und Jungen, sondern der Genderbewegung zu stellen. Man sollte sich dem Thema annehmen, aber nicht die Geschlechter gegeneinander ausspielen. Hier sei ein Stück Umdenken erforderlich.

**Herr Menzel** wünscht eine Aufstellung des Schulamtes wie viele Lehrer/Lehrerinnen es an Schulen gebe.

**Dr. Steinicke** meint, individuellen Nachholebedarf bezüglich des Problemverständnisses zu haben.

**Frau Dr. Orlowski** meint, der Schulrat habe etwas Besseres zu tun, als Statistiken zu erstellen, die bereits im Internet vorhanden sind und für Jedermann abrufbar seien. Der Ausschuss für Bildung und Sport der Landeshauptstadt Potsdam sei überfordert für Lehrer und Kita-Erzieher zu werben. Die vorgestellten Dinge sollten eher Eingang in die von Herrn Schweers vorgestellte

Arbeitskonzeption zur Schulsozialarbeit finden.

**Herr Ziebarth** erklärt, dass man sich im Land Brandenburg seit 10 Jahren mit der Problematik des Lehrerberufes für Jungen befasse. Das Problem hänge mit dem Image und der Bezahlung zusammen.

**Frau Frevert** teilt mit, dass es für den Kreisschulbeirat keinen Diskussionsgrund zu diesem Thema gebe. Jungen und Mädchen haben sich immer gemeinsam entwickelt. Laut Auswertung des MBS gebe es Erkenntnisse, wonach Jungen und Mädchen anders reagieren.

**Herr Schröder** meint, man solle die Anregungen aufnehmen und versuchen, Teile in die Jugendarbeit und die Arbeit der vor Ort ansässigen Sozialarbeiter zu integrieren. Er empfiehlt zu schauen, wie Erkenntnisse zum Thema in die Schulsozialarbeit integriert werden können. Mehr sei nicht umsetzbar.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Zwischenbericht zur Erarbeitung der Grundsätze bzw. Leitlinien für geschlechterspezifische Arbeit zur Kenntnis.

#### **zu 4        Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1     Information zur Nutzung der neuen Turnhalle der Marienschule**

**Herr Richter** informiert, dass es ein umfangreiches Problem bezüglich der Grundstücksübertragung gab. Dadurch verzögerte sich der Baubeginn. Das Erzbistum Berlin als Bauherr habe sich bemüht, den Zeitverzug wieder rauszuholen, scheiterte aber, weil die beauftragte Firma sich vom Markt verabschiedet habe. Die Turnhalle könne nicht bis zu den Osterferien fertiggestellt werden. Das heißt, dass der Sportunterricht ab den Winterferien 2012 bis zum Sommer 2012 weder in der Bestandshalle noch in der neuen Turnhalle erfolgen kann. Dies wurde der Schulkonferenz der Grundschule am Griebnitzsee zur Kenntnis gegeben. Die Verwaltung suche nach entsprechenden Lösungswegen, die mit der Schulverwaltung und der Schulkonferenz zu besprechen seien.

**Herr Weiberlenn** erklärt, dass die Schule schon ein Konzept erarbeitet hatte, weil man wusste, dass der Sportunterricht zwischen Februar und Ostern nicht in der Halle möglich sei. Um diese Zeit zu überbrücken habe man der Schule für Sportprojekte 8.000 € zur Verfügung gestellt. Jetzt verlängere sich der Zeitraum bis zu den Sommerferien. Vom FSV Babelsberg 74 gebe es die Bestätigung, dass Schulsport auf dem Sportplatz in der Rudolf-Breitscheid-Straße stattfinden könne. Dies müsse die Schule schulorganisatorisch lösen. Zur Zeit werde die Bereitstellung von zusätzlichen Schwimmzeiten geprüft. Eine Abfrage des KIS bezüglich Hallennutzung bei der Uni Potsdam laufe noch. Der Schulrat für Grundschulen habe einer Übergangslösung zugestimmt.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

##### **zu 4.2     Zwischenbericht zum Lehrerersatzpool**

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass die Schulen das Angebot gut angenommen haben. Für das Schuljahr 2011/12 stehen 70.000 € zur Verfügung. Bisher wurden

ca. 10.000 € verausgabt, für weitere 10.000 € seien bereits Honorarverträge abgeschlossen worden. Sie hoffe, dass die Mittel übertragen werden können. Zum Schuljahresende könne man einen Abschlussbericht geben. Der vorliegende Zwischenbericht könne mit der Niederschrift an die Ausschussmitglieder ausgereicht werden.

**Herr Menzel** fragt, ob es eine Verordnung über Befähigungsnachweise für die entsprechenden Leute gebe und wie großzügig die Schulen entscheiden.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass man ein dezentrales System gewählt habe, wo die Verantwortung beim Schulleiter liege. Bisher seien keine Beschwerden eingegangen.

**Herr Dörnbrack** informiert, dass es in erster Linie Grundschulen betreffe. Er lobt den Fachbereich Bildung und Sport für die unbürokratische Bearbeitung. Qualifizierte Aufsichtskräfte seien Leute mit einer bestimmten pädagogischen Befähigung. Zum Einsatz kommen Studenten oder Lehrkräfte im Ruhestand. Er geht davon aus, dass die Schulleiter nicht so streng prüfen, aber die Vereinbarung erfolgte nicht über Lehrkräfte, sondern über qualifizierte Aufsichtskräfte.

**Frau Kuczek** möchte wissen, ob es Schulen gibt, welche das Verfahren nicht gut finden.

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass 21 von 24 Schulen mit Primarstufe eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit dem Fachbereich Bildung und Sport abgeschlossen haben.

## zu 5 Sonstiges

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass am 23.11.2011 ab 17.00 Uhr in der Aula des Humboldt-Gymnasiums die Leistungssportkonferenz stattfinden wird. Einladung und Tagesordnung haben die Ausschussmitglieder erhalten. Es werde um Rahmenbedingungen für den Leistungssport bezüglich Landesförderung, Hauptstadtmittel und Sponsoring durch städtische Betriebe gehen.

**Frau Kuczek** möchte wissen, warum nur 9 von 150 Vereinen eingeladen seien. Sie meint, dass hier eine Chance vertan werde. Es sollten alle Vereine einladen werden.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, man wolle mit dem Leistungssport in eine vernünftige Diskussion und Kooperation eintreten. Im Luftschiffhafen habe man eine gute Infrastruktur, da sollten die Sportler nicht abhanden kommen. In dieser Veranstaltung gehe es um den Leistungssport, nicht um den Breitensport. Das sei mit dem Stadtsportbund abgestimmt.

**Herr Schröder** verweist darauf, dass Spitzensport durch Mittel des Bundes und des Landes gefördert wurde. Darüber hinaus gab es ein umfangreiches Sponsoring kommunaler Unternehmen und privater Sponsoren. Durch das Wegfallen der Mittel aus dem Hauptstadtvertrag komme jetzt die Stadt in die Verantwortung für die 200 T€ aus dem Hauptstadtvertrag aufzukommen. Sponsoring sei durch die Diskussion um die Stadtwerkeaffäre ins Gerede gekommen, wodurch die Förderkontinuität Schaden genommen habe. Die Förderung breche beim Leistungssport, nicht beim Breitensport weg. Deshalb

habe der Stadtsportbund diese Auswahl getroffen.

**Herr Menzel** meint, man habe in Potsdam 16 Jahre Förderung von Spitzensport betrieben. Das widerspreche der Verfassung. Er sehe in der Förderpraxis der Landeshauptstadt Potsdam, dass diejenigen Förderung erhalten, die sie schon immer bekommen haben. Er spricht sich für eine Veränderung der Strukturen aus und möchte die Umverteilung der Fördermittel, so dass alle Vereine in den Genuss kommen.

**Herr Schröder** stellt fest, dass dies eine völlige Vermischung aller Instrumentarien sei und die Diskussion völlig am morgigen Thema vorbeigehe.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf den Zwischenbericht der Transparenzkommission.

**Herr Gessner** ergänzt, dass die Verwaltung in Abstimmung mit dem Stadtsportbund die Einladung für die gemeinsame morgige Veranstaltung für den Teil der SVV und der städtischen Unternehmen übernommen habe. Die Vertreter der Vereine wurden durch den Stadtsportbund selbst eingeladen. Es sei in keinsten Weise eine Ausgrenzung von Vereinen vorgesehen gewesen. Es wäre ein großer Fehler den Leistungssport gegen den Breitensport aufwiegen zu wollen. Breiten- und Freizeitsport werden in der Landeshauptstadt Potsdam sehr wohl über viele Jahre gefördert. Allerdings brauche der Leistungssport andere Voraussetzungen und Bedingungen als Breitensport.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt **Herr Schröder** vor, bei Bedarf in einer der nächsten Sitzungen die Förderung für den Breitensport zu erläutern.

**Herr Klamke** verweist darauf, dass aus dem Nachwuchs des Breitensports die Sportler für den Spitzensport hervorgehen. Er erinnert auch daran, dass jeder Sportverein in Potsdam die Sportstätten kostenlos nutzen könne.

**Frau Dr. Orlowski** verweist darauf, dass der Präsident des Landessportbundes bei jeder Konferenz betone, wie vorbildlich das Land Brandenburg sei. Man solle aufhören die Sachen zu vermischen.

**Dr. Steinicke** spricht sich gegen eine Trennung von Breiten- und Spitzensport aus. Diese gehören zusammen. Das sei in Potsdam positiv historisch gewachsen.

**Frau Hofmeister** stellt den **Geschäftsordnungsantrag Ende der Diskussion**. Sie habe in der Diskussion nicht gehört, dass man stolz darauf sein sollte erfolgreiche Sportler in der Stadt zu haben.

**Frau Dr. Magdowski** informiert über eine Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes, wonach die Schulträger erweiterte Rechte erhalten haben. Der Schulträger sei in sämtliche Gremien zu Tagesordnungspunkten, die ihn betreffen, einzuladen. Die Teilnahme liege im eigenen Ermessen. Man sehe sich personell nicht in der Lage diese Aufgabe für Potsdam im gesamten Umfang wahrzunehmen.



**Herr Menzel** verweist auf einen Artikel der MAZ am 22.11.2011 in dem die Bertelsmann-Stiftung den „Deutschen Lernatlas“ vorstellte. Dabei habe Potsdam schlecht abgeschnitten. Er möchte anregen, sich im Bildungsausschuss mit dem Thema zu beschäftigen, wo guter und wo schlechter Unterricht gemacht werde.

**Herr Schröder** meint, das Thema sei inhaltlicher Natur. Für die Lerninhalte ist das Land zuständig.

**Herr Weiberlenn** erklärt, er habe den Artikel anders gelesen. Die Stadt Potsdam wurde heruntergezogen, weil für bestimmte Punkte Durchschnittsdaten des Landes Brandenburg zu Grunde gelegt wurden. Er ziehe in Zweifel, dass man die Auswertung verallgemeinern könne.

**Herr Dörnbrack** meint, dass die Stadt gelungenen Unterricht wenig fördern könne. Das liege im Schulsystem, welches durch Ministerium und Schulamt begleitet werde. Es gebe Visitationsdaten, Fortbildung beim LISUM und anderes. Ihm sei nicht klar wie weit sich der Bildungsausschuss damit befassen möchte.

**Herr Menzel** schlägt vor, die Studie zu besorgen und zu sichten.

**Herr Schröder** meint man könne die Studie einsehen und sehen, ob man für die Landeshauptstadt Potsdam etwas ableiten könne.

**Dr. Steinicke** weist auf eine offene Diskussionsveranstaltung am 24.11.2011, 20.00 Uhr in der Evangelischen Grundschule Babelsberg in der Rudolf-Breitscheid-Straße hin. Dort gehe es um Kürzungen im Bildungsbereich für freie Schulen.

Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin